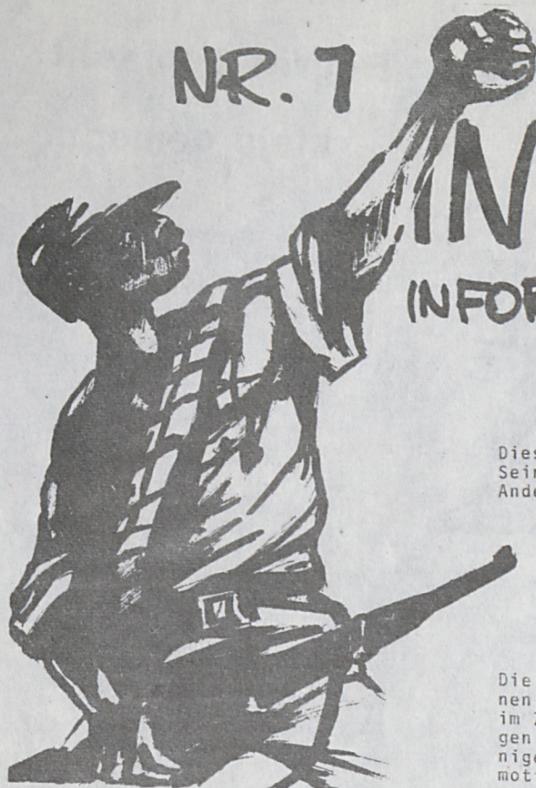


NR. 7

22.1.70



# INTERNATIONALISMUS

INFORMATION AGITATION ORGANISATION

Dieses Info ist das erste seiner Art.  
Seine Aufgabe: Information und Kommunikation.  
Anders ausgedrückt: Aufhebung der nationalen Schranken unter den ausländischen Studentenvereine selbst,  
Vermittlung der konkreten Ausländerproblematik gegenüber der deutschen Studentenschaft,  
Diskussions- und Agitationsforum auf anti-imperialistischer Basis.

Naumann legt die Karten auf den Tisch.

### Weniges zur Perspektive der Arbeitskreise

Das Info wird der Platz sein, der die Ergebnisse der Arbeitskreise veröffentlicht und so die Informationslücken auf breiter Basis schließen hilft.

Aber die Ergebnisse sollen keineswegs theoretischer Natur sein und unverbindlich bleiben.

Was bei den AK's a) und b) unmittelbar einsichtig ist, nämlich daß die Beschränkung auf den Hochschulbereich unsinnig ist, muß auch für den AK "Soziales" klar sein. Bei der Analyse der sozialen Lage ausländischer Studenten kann man sich nicht auf den Hochschulbereich beschränken. (siehe Beitrag im Info Nr.2). Es wird einiges auch zur Stellung der ausländischen Arbeiter im Studentenwerk zu sagen sein.

Die unterprivilegierte Ausbeutungssituation der ausländischen Arbeiter gegenüber den deutschen Arbeitern in der BRD und deren Funktion für das Bewußtsein und die Haltung der deutschen Arbeiter - und damit die Klassensituation in der BRD - wird untersucht werden müssen.

Die PGI hat bisher durch Aktionen zur "Woche der Nationen" und im Zusammenhang mit dem AAA gegen den ISK in Erscheinung. Einige paper und Dokumentationen motivierten und vermittelten.

Die PGI konnte bisher nur vorübergehend mobilisieren. Symptomatisch für die Begrenztheit des durch diese Arbeit geschaffenen Problembewußtseins ist die weitverbreitete Forderung: "Heimerl muß weg!" und die Unfähigkeit, Imperialismuskritik auf die konkrete Situation zu beziehen und durch die Aktion zu vermitteln.

Die konkrete Situation von Studenten aus der (ökonomisch) Armen Welt während der Studienzzeit in den Ausbeuterstaaten ist bestimmt durch das Verhältnis der imperialistischen Metropolen zu den ökonomisch ausgebeuteten Ländern der "Dritten Welt". Diese ökonomischen und damit politischen Abhängigkeiten müssen analysiert und bewußt gemacht werden.

Effiziente und kontinuierliche Arbeit wird ständig behindert durch:

1. Informationslücken
2. Theorie-Mangel
3. ungelöste Organisationsfragen und daraus resultierende Unverbindlichkeit.

Die PGI sollte ein Programm zusammen (siehe SP-Beschluß vom 13.1.70), das diese Mängel langfristig beheben soll.

Zu 1.: Vier Arbeitskreise sollen sich mit folgenden Themenkomplexen beschäftigen:

- a) "Dritte Welt"-Metropolen
- b) Ausländergesetzgebung
- c) soziale Lage und
- d) Studienbedingungen der ausländischen Studenten

Zu 2.: Der Theorie-Arbeitskreis arbeitet im Moment an Schlußsatz: "Zur politischen Ökonomie der Armen Welt."

Zu 3.: Zwar liquidierte die PGI eine Phase, die ausschließlich aktionistisch war. Doch wäre es ein Mißverständnis zu meinen, sie gedenke Aktionen vorläufig zugunsten von Informationsaneignung und Theoriebildung nicht durchzuführen. Die Praxis - und das heißt auch Aktionismus - bleibt notwendiger Bestandteil unserer Arbeit.

Es ist ein wöchentliches Forum aller aktiven und interessierten Genossen und Kommilitonen geplant. Auf ihm sollen die Ergebnisse der AK's eingebracht werden, die aktuelle Situation diskutiert und praktische und organisatorische Konsequenzen beschlossen werden.

Die Finanzierung notwendiger Lektüre sagte der kommissarische Leiter des AAA, Prof. Naumann, zu. Er sagte auch Unterstützung bei der Beschaffung von Kommunikations- und Arbeitsräumen zu.

Im Dezember 69 bestätigte das Studentenparlament die nebenamtlichen Betreuer Franke und Vogel. Am 13.1.1970 wählte es zwei weitere Mokhtarzadeh und Muth. Der kommissarische Leiter des AAA, Prof. Naumann, hatte Franke und Vogel nach widerrufenem Rücktritt bis dahin nicht bestätigt. Franke (ESG) und 3 der PGI angehören. Sie waren sich bewußt, daß es zu einer Frontstellung des AAA dem Studentenparlament gegenüber gekommen war, und suchten Naumann am 14.1. auf um ihm den Beschluß des Studentenparlamentes mitzuteilen. Eingang ging es um die ausgebliebene Bestätigung von Franke und Vogel. Naumann lehnte diese wiederum ab. Seine Argumentation: er sei nur kommissarischer Leiter, wüßte eine baldige Reform des AAA und wolle bis dahin keine nebenamtlichen Betreuer bestätigen oder einstellen.

Auf die Entgegnung, die nebenamtlichen Betreuer stünden der Reform keineswegs entgegen, sondern würden eine solche vorentreiben, sie brauchten Geld für Literatur in den Arbeitskreisen und hätten auch Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung, antwortete Naumann, er sei bereit, die Literatur aus AAA-Mitteln zu bezahlen, nicht aber die nebenamtlichen Betreuer. Diese wiesen ihn darauf hin, daß die Richtlinien des AAA nebenamtliche Betreuer vorsähen, eine Nichtbestätigung des vom Studentenparlament unterstützten Programm behindere und er seine Ablehnung nicht begründen könne. Sie beharrten auf der vom Studentenparlament geforderten Bestätigung.

Nach langen, unbefriedigendem Hin- und Her entschloß sich Naumann zu einem für Ordinarien ungewöhnlichen Schritt und meinte: "Wir brauchen uns doch nichts vorzumachen. Wir können die Karten auf den Tisch legen. Es wäre alles ganz anders, wenn nicht einer (Vogel) auch die Bestätigung wollte."

Nach dem kostenlosen ISK-Besuch vom 8.11.69 wollte Naumann Vogel zum Rücktritt zwingen und betrieb denn, nachdem er sich weigerte, den Rücktritt aller nebenamtlichen Betreuer (Platzmann, Sierig (beide ISK Mg) Franke und Vogel).

Naumann ist so unfähig wie der ISK-Vorstand, Verhältnisse und Bedingungen und die Funktion des ISK als Ursache für die Aktion am 8.11.69 anzuerkennen. Die Personalisierung und mit ihr die Rädelführertheorie erlaubt es ihm, ohne das Problem - nämlich der Widerspruch zwischen dem Anspruch des AAA auf "Betreuung und seiner tatsächlichen Kontroll- u. Disziplinierungsfunktion- zu analysieren oder auch nur zu erwähnen, einer Offenlegung oder gar Auflösung des Widerspruchs entgegenzuarbeiten.

Verbal bekennt sich Naumann zur Reform, objektiv entkleidet er sie jeglichen Inhalts und arbeitet ihr entgegen. Von einem Leiter des AAA konnte es auch nicht anders erwartet werden. Es kann nicht erwartet werden, daß er seinem Amt entgegenarbeitet - nämlich der Repression vorzuziehen. Die AAA's sind die Verweser der "Blange der Interessen der BRD". Als Naumann erfuhr, daß das Studentenparlament zwei weitere Mitglieder der PGI zu nebenamtlichen Betreuern gewählt hat und deren Bestätigung von ihm erwartet, erschrak er: "Dann würde das AAA ja die PGI finanzieren." Er schrak davor zurück, "eine bestimmte Gruppe zu unterstützen" und erhob den Vorwurf der Einseitigkeit.

Die PGI stellte - als bisher einzige Gruppe - ein Programm und formulierte ihr vorläufiges Ziel: Die Analyse der besonderen Situation der ausländischen Studenten und der Kampf gegen soziale Repression und Diskriminierung sowie Disziplinierung im Studium.

**STUDENTENPARLAMENT'S- BE SCHLUSS : ALLE REAKTIONÄRE SIND PAPIERTIGER!**

DAS STUDENTENPARLAMENT (S.P.) STELLT ZUR ARBEIT DES AAA FEST:

"Das AAA und der ISK geben die entscheidenden Schwierigkeiten ausländischer Studenten während ihres Studiums in der BRD nicht an und untersuchten folglich auch nicht deren Ursachen. Zur Beseitigung sozialer und studienbedingter Schwierigkeiten taten sie nichts. Es war auch nicht ihre Aufgabe. Die PGI stellte ein Programm auf das die Komplexe

"3. Welt"-Metropolen Ausländergesetzgebung Soziale Lage und Studienbedingungen der ausländ. Studenten

unföht. Arbeitskreise sollen diese Komplexe untersuchen und an die praktische Lösung der Probleme gehen.

Das S.P. unterstützt dieses Programm.

Vorläufiges Ziel ist die Analyse der besonderen Situation der ausl. Studenten und der Kampf gegen soziale Repression und Diskriminierung sowie gegen die Disziplinierung im Studium.

Konkret fordert das S.P. vom Leiter des AAA Herrn Prof. Naumann

1. Die Verfügung über Räume in denen Kommunikation ohne Kontrolle und Konsumzwang als auch Sitzungen und Diskussionen möglich sind.
2. Es erwartet vom Leiter des AAA die Bestätigung der vom S.P. gewählten nebenamtlichen Betreuer Franke und Vogel.
3. Die Bestätigung der heute neu vom S.P. gewählten nebenamtlichen Betreuer Mokhtarzadeh und Muth

Das Studentenparlament ist sich des sen bewußt, daß die Bewältigung des oben genannten Programmes nicht individueller, sondern kollektiver Arbeit bedarf und fordert deshalb ausländische und deutsche Kommilitonen zur Mitarbeit auf.

**TERMINE :**  
**Theorie AK.**  
**Mo. 20<sup>00</sup> R.C.**  
**Organisations-**  
**forum:**  
**Di. 20<sup>00</sup> ESG-**  
**Zentrum**  
**(Schlop)**  
**Konstituierende**  
**Treffen:**  
**Do. 22.1./20<sup>00</sup>**  
**Studentenkel-**  
**ler (Schlop).**

07.1.22

### Zur Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfe der BRD unterscheidet sich von anderen kapitalistischen Ländern grundsätzlich nicht denn die reichen Gesellschaften sind auf die Kapitalexperte auf Grund ihres heutigen Entwicklungsstandes angewiesen. Der Gegensatz zwischen den armen und den reichen Gesellschaften ist nicht rein zufällig, sondern strukturell angelegt. Dieser Tatbestand verweist auf den internationalen Charakter der ökonomischen Entwicklung sowohl der nationalen Gesellschaften der Entwicklungsländer als auch der kapitalistischen Metropolen.

Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Gesellschaften liegt darin, daß die Entwicklungsländer das Kapital benötigen, was die kapitalistischen Metropolen im Überfluß haben. Dieser Kapitalüberschuß wird nun unter den Maximen kapitalistischer Kapitalverwertung exportiert, d.h. niedrige Produktionskosten durch Nähe der Rohstoffquellen und niedrige Lohnkosten bedingt-ermöglichen zusätzliche Profite. Die armen Länder sind also notwendiges Objekt der Kapitalverwertung, völlig abhängig von den imperialistischen Metropolen durch eine ganze Reihe von Transferbedingungen. Die Tatsache, daß allein im Jahre 1965 aus den USA 5,5 Mrd. Dollar überschüssiges Kapital in arme Welt exportiert wurde, macht die internationale Verflechtung deutlich. Die Verflechtung der Unabhängigkeit an die Kolonien war nur ein formaler Vorgang, der die Abhängigkeitsverhältnisse in keiner Weise änderte. Vormals bestehende anticoloniale Bewegung wurde integriert und zur neuen Administration erhoben. Auf Grund der ökonomischen Beziehungen mit den Metropolen bildete sich eine nationale Handelsbourgeoisie, die sehr bald die Interessen der Kapitaleigner als ihre eigenen ansah.

Die Entwicklungshilfe in der BRD zeichnet sich durch ihre Orientierung an staatlichen bzw. privatwirtschaftlichen Interessen aus. Noch 1959 hieß es in einer amtlichen Richtlinie über den Zweck der Entwicklungshilfe: "Die Entwicklungspolitik soll die Verwirklichung einer Reihe von außenpolitischen Zielsetzungen der BRD wie Wiedervereinigung, Nichtanerkennung der Sowjetzone und Nichtbeziehung der Entwicklungsländer in die östliche Einflusssphäre ermöglichen." Diese Zielsetzungen können wohl kaum dazu

beitragen, die Schwierigkeiten in der ökonomischen und politischen Entwicklung zu beseitigen, sondern sie zielen auf Herrschaft, d.h. Stabilisierung der Abhängigkeitsverhältnisse, ab.

An den Entwicklungsleistungen der letzten 10 Jahre ist deutlich die Verlagerung der Priorität von staatlichen Mitteln zu privatwirtschaftlichen zu sehen. Im Jahre 1968 betrug die Investitionen und Exportkredite von privater Seite 4,3 Mrd. DM. Demgegenüber standen öffentliche Leistungen in Höhe von 2,2 Mrd. DM. Einige Jahre vorher lag das Verhältnis von privaten zu öffentlichen Mitteln gerade umgekehrt. Die öffentlichen

Leistungen haben zunächst den Zweck, die Grundbedingungen für eine profitable Investitionstätigkeit der Großindustrie zu schaffen, d.h. sie dienen zur Entwicklung der Infrastruktur (Straßen-, Eisenbahnbau, Energieversorgung usw.). Öffentliche und private Mittel sind deshalb auch nicht zu trennen. "Entwicklungspolitik ist auch Exportförderung" heißt es in einer Broschüre zur Entwicklungshilfe. Dieses Faktum ist in der Tat interessant, denn etwa 80% der öffentlichen Kredite fließen wieder in die BRD zurück. Seien es nun Lokomotiven, Maschinen für den Straßenbau oder elektrische Anlagen für Kraftwerke, die in der BRD erworben werden müssen.

Investitionen von Seiten der westdeutschen Großindustrie werden in Branchen gesteckt, deren Profitraten in der BRD in den letzten Jahren zurückgegangen sind, d.h. in Branchen mit geringem Maschinenpark und großem Arbeitskräftebedarf. In offiziellen Darstellungen spricht man dann von "Arbeitsteilung in der Welt". Die heutigen Industrieländer sollen sich in Zukunft auf "hochwertige Erzeugnisse, vor allem Investitionsgüter" spezialisieren. Den armen Ländern werden die "einfachen Industrien" überlassen. Die westdeutsche Chemie (Bayer, BASF, Höchst) praktiziert diese Methoden schon seit einiger Zeit. Zum Bei-



spiel produziert Höchst in Indien Plastikkeimer und -kanister.

Obwohl die Kapitalisten ihre Kredite in Entwicklungsländer stecken, in denen große Profite zu erwarten sind, fordern sie auf der anderen Seite staatliche Subventionen, die die Investitionstätigkeit der "freien Unternehmer" anreizen. Im zweiten Steueränderungsgesetz, das im Juni 69 verabschiedet wurde, sind die verlangten Subventionen verankert. Die westdeutschen Großindustriellen können seitdem die "Verluste" ihrer Auslandstöchter voll von ihren Steuerlasten in der BRD abziehen. Zusätzlich dürfen sie steuerfreie Reserven für eventuelle Verluste ihrer Auslandstöchter anlegen.

Die Entwicklungspolitik ist also ein Faktor des Neokolonialismus, eine verfeinerte Ausbeutungsmethode der Imperialisten mit dem Mäntelchen der "Hilfe zur Selbsthilfe". Objektiv betrachtet macht sie die Abhängigkeit der unterentwickelt gehaltenen Staaten nur perfekter.

Es muß andere Aufgabe sein, das Gerede von Partnerschaft zwischen den Kapitaleignern und den Schuldnern als bloße Taktik der Imperialisten zu entlarven und die wahren Interessen, nämlich das pure Profitstreben der Kapitalisten aufzuzeigen.

# DER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS IST INTERNATIONAL

## Aus der Praxis des Faschismus

Am 5. Juli fand in Bonn eine Konferenz unter dem Vorsitz des Militärschweizer griechischen Botschafts Oberst D. Peressiadis statt. Eingeladen waren zu dieser Konferenz bekannte Anhänger der Athener Militärdiktatur. Die Tagesordnung sah u.a. folgendes vor:

1. Möglichkeiten zur Übernahme von Studentenvereinen.
2. Möglichkeiten zur Ausschaltung von linken Vereinen.
3. Möglichkeiten zur Gründung von nationalen Vereinen.

In seinem Einführungsvortrag sagte Oberst D. Peressiadis u.a.: "... die allgemeine Lage in der BRD ist schlecht. Von den 25 griech. Studentenvereinen ist nur einer für die "nationale" Regierung, der in München... Es gibt Möglichkeiten, die Studenten, die sich antinational verhalten, auf unsere Seite zu zwingen... Das Geldproblem ist gelöst. Die griechischen Konsulate in der BRD haben Anweisung erhalten, finanziell beizustehen..."

Seit Beginn des WS 1969/70 arbeiten in Darmstadt einige Studenten und Mitarbeiter des griech. Konsulats in Frankfurt und Stuttgart daran, die Pläne ihrer faschistischen Weisungsgeber in die Praxis umzusetzen. Der Versuch, den Vorstand des seit 14 Jahren bestehenden "Griechische Studentenvereins Darmstadt" an sich zu reißen, mißglückte. Daraufhin versuchte man einen neuen Verein zu gründen, gemäß den Beschlüssen der Konferenz in Bonn. Man setzte mehrere Studenten unter Druck, damit sie mitmachen. Die Befehlsempfänger des Konsulats beriefen streng Geheim eine Gründungsversammlung ins Hinterzimmer der Stütz-Kneipe für den 10. Dezember 1969. Ein go-in von etwa 40 Studenten beendete jedoch die Versammlung vorzeitig. Jetzt suchen die Anführer des faschistischen Vereins ausfindig zu machen, wer Zeitpunkt und Ort der Versammlung verraten hat.

Dies ist nicht der erste Versuch der griechischen Militärdiktatur unter den Griechen in Darmstadt Fuß zu fassen. Vor zwei Jahren gab man die Gründung des Arbeitervereins "Nationale Wiedergeburt bekannt um, wie es heißt, "... für den Geist der griechisch-christlichen Kultur und für die Ideale der griechischen Rasse zu arbeiten und zu kämpfen!..."

Bei der Gründungsversammlung im Hotel "Krone" fielen alle kulturellen und rassischen Absichten ins Wasser, denn es erschienen über 400 Arbeiter, obwohl nur etwa 350 eingeladen waren. Die zusätzlichen sorgten für einen sofortigen abbruch der Versammlung. Seitdem vegetiert die "Nationale Wiedergeburt" in Vorortskneipen dahin.

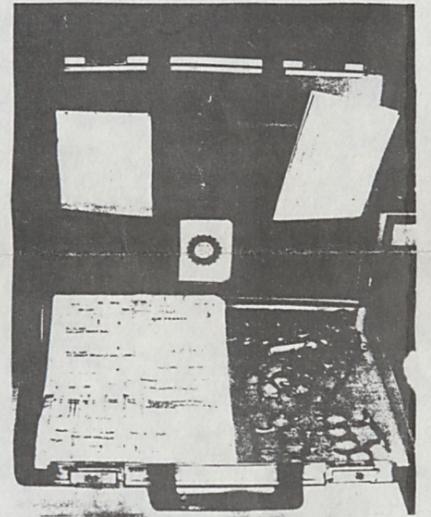
Der neue Vorstoß der faschistischen Athener Militärdiktatur, diesmal unter den Studenten in Darmstadt, wird wohl kein besseres Ende finden.

Die Confederation Iranischer Studenten (National Union) "C.I.S.N.U." besteht seit 9 Jahren und ist die Dachorganisation aller Föderationen Iranischer Studenten ("F.I.S.") in den verschiedenen Ländern. Die F.I.S. wiederum fassen die iranischen Studentenvereine in den verschiedenen Städten eines Landes zusammen.

Die C.I.S.N.U. hat ca. 15.000 Mitglieder im Ausland. Der Kongress ist das höchste Organ der C.I.S.N.U. Er kommt jährlich zusammen und hat die Aufgabe, Strategie und Ziele zu bestimmen. Eine der Hauptaufgaben der C.I.S.N.U. ist die Aufklärung über die Mißstände und Ereignisse im Iran. Von Anfang an hat sich die C.I.S.N.U. die Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte und besonders der über 36.000 politischen Gefangenen im Iran zum Ziel gesetzt. Ein Ziel dessen Verfolgung durch Störung und Bespitzelung durch den persischen Geheimdienst (S.A.V.A.A.) nicht immer reibungslos ablief.

Die Mittel, die das Regime Werkzeug SAVAK in Europa einsetzt, versuchen wir in ein paar Punkten klar darzustellen:

1. Sabotage von innen
  - a. Bespitzelung aktive Studenten,
  - b. Bestechung von Vereinsmitgliedern,
  - c. außerdem Unterdrückung der Eltern von Studenten.
2. Gründung regimengebundener Studentenvereine, um den fortschrittlichen Studentenvereine zu widerstehen.
3. Die Zusammenarbeit des faschistischen Regimes im Iran mit den Ausbeuterstaaten verlangt die Verschleierung der Tatsachen und die Auflösung der fortschrittlichen Studenten.



Neben 56 Delegierten der CISNU versammelten sich über 500 weitere Mitglieder zum Kongress der CISNU vom 27. 12. 69 bis zum 5. 1. 70 in Karlsruhe.

Teheran schickte seinen Abwehrchef für die politische Opposition im Ausland, Khonsari, den Mann der schon 1967 beim Schahbesuch ungehindert seine Jubel- und Prügelperser gegen Demonstranten einsetzen durfte, damit er auch in Karlsruhe den Versuch wiederholen möge, vorübergehend faschistische Methoden wie in Persien einzuführen.

Am 30. 12. lud der iranische nationale Studentenbund - SAVAK Leute und Faschisten - zu einer Pressekonferenz im Hinterzimmer einer Gaststätte.

Die CISNU schickte eine Delegation. Als diese von den Faschisten angegriffen wurde, kamen 200 bis dahin draußen wartende Konföderationsmitglieder zu Hilfe und verprügelten die Faschisten und die SAVAK-Leute.

Noch bevor die Polizei es verhindern konnte, stellten Mitglieder der CISNU neben Messern den Diplomatenkoffer eines faschistischen Parlamentsabgeordneten sicher. Sein Inhalt: Flugticket, Koran und einige Dutzend Schlägringe.\* Die CISNU hat eine 300 Seiten umfassende Dokumentation über die Tätigkeit des SAVAK im Iran und im Ausland u. auch über seine Zusammenarbeit mit deutschen Behörden herausgebracht. Sobald die deutsche Übersetzung vorliegt, werden wir sie zu Verfügung stellen.

\* siehe KONKRET Nr. 2, 15 Jan.

اتحاد و مبارزه پیروان